



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/6 - 8.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Ausbootung Schumans	S. 1
Vor den Wahlen in Österreich	S. 3
Totale Konfessionalisierung ?	S. 4
<u>Nachtrag: Tagung der SPD-Führungsgremien</u>	

Vor aller Welt schwankend geworden

P.R. Zu allem anderen ist nun auch der Rücktritt Robert Schumans von seinem Amt als Außenminister, das er seit viereinhalb Jahren bekleidet, hinzugekommen. Schuman ist zu einem festumrissenen politischen Begriff geworden. Der Bundeskanzler und er haben sehr eng miteinander zusammengearbeitet. Natürlich gab es auch Meinungsverschiedenheiten und selbst offene Kontroversen, wie in der Saarfrage, aber im Grunde war man sich einig. Nichts ist für die letzte internationale Phase bezeichnender als Schumans erzwungenes Ausscheiden aus der französischen Politik.

Es ist hier nicht der Platz, zumal nicht in diesem Augenblick, ein Urteil darüber abzugeben, wie weit die Ausbootung Schumans und seine Ersetzung durch Bidault ein tiefgreifender Vorgang für die künftige französische Europapolitik oder ob es eben nur eine, wenn auch wichtige Randerscheinung bei der Lösung der letzten Regierungskrise in Paris ist. Sicher ist, daß gerade die Europakonzeption der bisherigen französischen Regierungen sehr genau überprüft werden und daß sie von nun an weitgehend von den Gaullisten abhängen wird. Eine ihrer Grundforderungen ist die, daß die französische Regierung volle Verfügungsgewalt über die eigene Armee behält, ein anderer, auch ganz allgemein nachdrücklich unterstützter Anspruch der, daß vor Abschluß bindender Verträge über Verteidigungs- und europäische Organisationsfragen das Saarproblem in französischem Sinne, d.h. durch

Errichtung einer politischen Autonomie geregelt wird.

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, hat am Mittwoch vor dem Parteiausschuß darauf hingewiesen, daß es seit 1945 in der internationalen Politik nie so viele unübersehbare und unberechenbare Faktoren gab wie heute. Das zwingt automatisch zu größter Zurückhaltung, wenn man nicht den Ehrgeiz hat, von sich aus die große internationale Politik in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken. Dies aber ist nach Lage der Dinge keine Aufgabe für die Bundesrepublik, in ihrer Isolierung vom anderen Teil Deutschlands und ihrer Situation als besetztes Land. (Diese Situation sollte freilich zu besonderem Eifer anspornen, aus einer sozusagen für 50 Jahre garantierten außenpolitischen Unselbständigkeit herauszukommen, statt sich mit einem solchen Zustand nicht nur zu begnügen, sondern ihn auch noch wärmstens zu empfehlen).

Die Regierung und ihre Parteien in Westdeutschland halten starr an ihrem Kurs fest, obwohl dessen Grundlagen, vor aller Welt sichtbar, schwankend geworden sind. Die Opposition, von der Regierung oft bedrängt, eine "konkrete Alternative" vorzulegen, hat diese in ihren Grundzügen seit Jahr und Tag gegeben. Daß sie als unzureichend bezeichnet und abgelehnt wurde, war kein Beweis für die Richtigkeit solcher Einschätzung. Inzwischen hat sich gezeigt, wie unzweckmäßig und überflüssig es angesichts der fließenden Entwicklung gewesen wäre, den oft genug skizzierten Rahmen allzu früh durch Festlegungen im Detail auszufüllen. Bisher ist in keinem Punkt ein Definitivum geschaffen, weder in der innderdeutschen Situation, noch im Verhalten eines so entscheidenden Partners wie Frankreich, noch in der internationalen Klärung des Ost-West-Problems auf höchster Ebene.

Die Opposition hat zunächst durch einen besonderen Ausschuß unter Berücksichtigung der letzten Gegebenheiten und der verschiedenen Möglichkeiten des wahrscheinlichen Entwicklungsablaufes die Konkretisierung der außenpolitischen Grundsätze der Partei in Arbeit genommen. Sie wird damit zu dem Zeitpunkt vor die Öffentlichkeit treten, der ihr am zweckmäßigsten erscheint.

+ + +

Machtlose österreichische Polizei

Offene Intervention der sowjetrussischen Besatzungsmacht

O.R.-Wien, Anfang Januar

Die letzten, innenpolitisch stillen Tage sind in Österreich vorüber. Der Wahlkampf für die im Februar stattfindenden Wahlen hat begonnen. In das Kräftemessen zwischen den beiden Großparteien, den Volksparteilern und den Sozialisten, versuchen auch neue Gruppen einzugreifen. Seit 1949 spielten die Unabhängigen eine bescheidene Rolle in der österreichischen Innenpolitik. Es fällt schwer, schon jetzt zu sagen, ob sie als "Soziale Erneuerungsbewegung" größere Chancen im bürgerlichen Lager haben werden als bisher. Wenig Aussichten gibt man den neugegründeten "Nationalrepublikanern" und den "Freien Demokraten", die einigen wenigen älteren Parlamentariern ohne Partei das Sprungbrett für den Nationalrat bieten sollen.

Bis jetzt sind nur in etlichen Bundesländern die Kandidaten nominiert worden; man wird mit den alten und zum Teil bewährten Männern in den Wahlkampf eintreten. Von allen Parteien wurde die Abmachung gehalten, erst nach Neujahr mit der Wählerwerbung zu beginnen. Nur die Kommunisten, die dem 22. Februar mit Angstschlottern entgegensehen, weil sie mit Recht befürchten, daß ihnen das Grundmandat verloren geht und sie dann nicht mehr im Parlament vertreten sein werden, arbeiten seit Monaten am Ausbau ihrer Stellungen.

Die österreichische KP ist sich darüber klar, daß sie auch in der russischen Zone, wo sie auf fremde Unterstützung rechnen kann, nicht mehr als 5 v.H. der Wähler wird ködern können. Sie weiß auch, daß sie heuer ebenso wenig wie 1949 mit ihrem Namen erfolgreiche Propaganda zu betreiben vermag. Hatte sie sich bei den letzten Wahlen als "Linksblock" getarnt, so zog sie - in der Erkenntnis, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wählerschaft die beiden Regierungsparteien heftig kritisiert - jetzt die "Volksopposition" auf, die sich seit Monaten durch Schmieraktionen bemerkbar macht. Ihr Monogramm "VO" hat der Volkswitz sofort als Vau Null bezeichnet.

Die Hauptsorge der KP ist die Erringung des Grundmandats. Daher versuchen sie einen Trick: Aus dem russisch verwalteten 4. Wiener Bezirk, der eine Hochburg der KP darstellt, werden Wähler an andere Bezirke (z.B. Floridsdorf, das überwiegend sozialistisch ist, Brigittenau und Leopoldstadt) "abgegeben". Zahlreiche Personen ließen sich

ummelden, obwohl sie nicht übersiedelten. Eine Überprüfung ist deshalb schwierig, weil diese Zugvögel in russisch besetzte Häuser aufgenommen wurden. Der "Hauseigentümer" weigert sich natürlich, einen Meldezettel zu unterschreiben; die sowjetische Zone ist ein Gebiet unbegrenzter Möglichkeiten. Für die Kommunisten.

Hier erlebten die österreichischen Gendarmen auch die Abnahme der Gummiknüppel durch russische Soldaten als Weihnachtsüberraschung. Diese Maßnahme der Besatzungsmacht ist nicht etwa auf Furcht vor dieser Waffe zurückzuführen. Wieder einmal greift das sowjetische Element den Rowdies helfend unter die Arme: Wenn es beim kommenden Wahlkampf darum gehen wird, die nichtkommunistischen Parteien vor den KP-Rollkommandos zu schützen, sollen die österreichischen Gendarmen mit den Fäusten gegen bewaffnete und im Nahkampf geschulte Kravalleure losgehen. - So greifen einzelne Maßnahmen der Besetzer und Aktionen einer vom Auslande gelenkten Partei ineinander, um jede Gelegenheit auszunützen, in Österreich Unordnung und Unsicherheit zu erzeugen. Die sowjetrussische Besatzungsarmee in Österreich wechselt ständig ihre Methoden, das Ziel, hier eine Kolonie auszupressen, bleibt unverrückbar.

+ + +

Totale Konfessionalisierung ?

Kulturpolitik an der Jahreswende

C.G. Um die Jahreswende sind viele Betrachtungen über den Gang der Entwicklung des sozialen und politischen Lebens in Deutschland seit Kriegsende angestellt worden. Soweit sie nicht durch Illusionismus oder durch bewusste Unwahrheit über die tatsächliche Situation hinwegzutäuschen versuchten, spürte man deutlich das Unbehagen, die Enttäuschung, in einigen Fällen auch die klare Erkenntnis über die gefährliche Stärke, die die restaurativen Kräfte in dieser kurzen Zeitspanne von noch nicht acht Jahren wieder erlangt haben.

Diese Tendenz zur Wiederherstellung des Gestern, ja des Vorgestern, prägt sich naturgemäß am sichtbarsten im politischen Raum im Drang zum Obrigkeitsstaat und im wirtschaftlichen Bereich im nackten Machtanspruch des Besitzbürgertums aus. Es darf aber darüber nicht vergessen werden, daß das kulturpolitische Leben in der Bundesrepublik sich dem Zustande der totalen Konfessionalisierung bedenklich nähert. Die bittere Erfahrung des Nationalsozialismus, dessen moralischer Nihilismus

alle Konfessionen und Weltanschauungen, die auf dem Boden des Christentums und des abendländischen Humanismus erwachsen sind, in den Abgrund zu reißen drohte, scheint völlig vergessen zu sein. Heute denken viele, die damals das Gemeinsame gegenüber den Mächten von "Blut und Boden" betonten, nur noch in den Grenzen ihrer Konfession, an den äußeren Glanz der darauf aufgebauten Organisation und tarnen ihre Machtansprüche über alle anderen Bekenntnisse mit der billigen Formel eines primitiven Antibolschewismus.

Der Kampf für die Konfessionsschule ist deshalb nicht so sehr aus der Sorge um die Erhaltung der religiösen Substanz zu verstehen - die läßt sich durch bloße Institutionen, wie die Konfessionsschule niemals sichern - sondern vielmehr aus reinen Machtansprüchen heraus. Stimmen - vor allem aus katholischem Lager - der letzten Zeit lassen nunmehr erkennen, daß man bei der Konfessionalisierung der Schule nicht stehen bleiben will, sondern den gleichen Anspruch in der Jugend- und der Erwachsenenbildung anzumelden und zu verfechten sich anschickt. Das reicht von den Vorwürfen gegen die Einheitsgewerkschaft, die man neuerdings nicht mehr wegen ihrer angeblichen Verstöße gegen die weltanschauliche Neutralität angreift, sondern die man gerade wegen ihrer weltanschaulichen Neutralität überhaupt in Frage stellt, bis zu der Ablehnung jeder überkonfessionellen Jugendbewegung.

In einer Entschließung der Konferenz der westdeutschen katholischen Bischöfe wird z.B. jede Bildungsarbeit an der Landjugend auf überkonfessioneller Grundlage verurteilt und zur Förderung einer eigenen katholischen Landjugendbewegung aufgerufen. Katholische Landvolkhochschulen werden ausdrücklich begrüßt. Eine spezifisch ländliche Jugend- und Erwachsenenbildung, die von der Lebens- und Arbeitswelt aller Menschen auf dem Lande ausgeht, und die erfreuliche Erfolge bereits erzielt hat, ist damit grundsätzlich in Frage gestellt.

Auf gleicher Ebene bewegen sich Pläne zur Errichtung katholischer Kulturzentren nach Art der "Amerika-Häuser" und der "Brücken" in westdeutschen Großstädten. Es kann nicht ernst genug vor diesen Bestrebungen gewarnt werden, da sie nicht neben die überkonfessionelle Jugend- und Erwachsenenbildung treten, sondern diese durch eine rein konfessionelle Erziehungsarbeit ersetzen wollen. Die plumpe Entgegnung, solche Warnungen würden nur von Gegnern der Religion erhoben, dürfte sich rasch einstellen. Aber um der geistigen Einheit unseres Volkes willen, müssen diese Warnungen gerade darum umso nachdrücklicher vorgebracht werden. Denn die Tatsache, daß unser Volk, wie alle Völker der westlichen Welt, nicht mehr weltanschaulich und konfessionell einheitlich geprägt ist, entbindet nicht von der Verpflichtung, die öffentliche Erziehung auf die gemeinsamen sittlichen Werte zu gründen, zu denen sich die verschiedenen Weltanschauungen und Konfessionen bekennen.

Die öffentliche Erziehung von der Schule bis zur Erwachsenenbildung in abgezirkelte Räume der jeweiligen Bekenntnisse aufzuspalten, hieße den Gegnern dieser gemeinsamen Werte, mögen sie faschistischer oder bolschewistischer Herkunft sein, das Zerstörungswerk erleichtern. Daß ihnen dies 1933 in Deutschland gelang, ist nicht zuletzt auf ähnliche Entwicklungen in der Weimarer Zeit zurückzuführen. Das Ausmaß der Katastrophe, die darauf folgte, sollte allen, die die Restauration auch im geistigen Leben betreiben, zu denken geben. Sonst würde sich das bittere Wort wieder einmal auch hier bestätigen, daß die Geschichte nur lehrt, daß die Menschen nicht aus ihr lernen.

Tagung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses

(sp) Am Dienstag, dem 6. Januar, trat der Parteivorstand der SPD in Bonn zusammen und am Mittwoch tagten gemeinsam Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission. Im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen am Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit im neuen Jahr standen Erörterungen der innen- und außenpolitischen Lage, insbesondere auch der durch das Gespräch des SPD-Vorsitzenden mit dem Bundeskanzler berührten Fragen. Der SPD-Vorsitzende war der Ansicht, daß die verfassungsrechtliche Klärung der Frage des Systems der Westverträge unter den zur Zeit übersehbaren Voraussetzungen wohl in keinem Fall vor Ostern werde stattfinden können. Vor allem aber sei auch die Situation in den anderen Ländern, wie in Frankreich und den USA, nicht dazu angetan, die politische Entscheidung in dieser Frage irgendwie zu forcieren.

Mit besonderem Nachdruck wandte sich Ollenhauer gegen den zunehmenden amerikanischen Druck auf die Bundesrepublik, dem EVG-Entwurf zuzustimmen und keine Forderungen auf Neuverhandlungen über eine internationale Zusammenarbeit zu stellen. Auch die neue amerikanische Verwaltung unter Eisenhower müsse sich damit abfinden, daß sie zum Aufbau einer so unzulänglichen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht die Unterstützung der Sozialdemokratie haben könne.

Der Parteivorstand beschäftigte sich neben organisatorischen Fragen mit dem Grundgedanken eines Briefes, den der Vorsitzende der Partei an Bundeskanzler Adenauer nach Abschluß der Beratungen übermittelte.

Der Parteivorstand wird in den kommenden Monaten eine Reihe von Tagungen abhalten, auf denen grundsätzliche und aktuelle Fragen der deutschen Innenpolitik auf der Basis des vom Dortmunder Parteitag beschlossenen Aktionsprogrammes erörtert werden. Die Teilnahme an diesen Tagungen wird nicht auf den Parteikreis beschränkt sein.

Die Arbeit an einer, auch Einzelfragen berücksichtigenden Konzeption der SPD über eine deutsche Beteiligung an einem wirksamen System kollektiver Sicherheit hat ein Sonderausschuß übernommen. Der Abschluß seiner Tätigkeit ist für Ende Februar in Aussicht genommen.

Das Mitglied des Parteivorstandes, Fritz Heine, berichtete über die technischen und organisatorischen Wahlvorbereitungen für die Bundestagswahl, sowie über die Tätigkeit des Internationalen sozialistischen Büros. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des sozialistischen Gedankens in Asien werde die z.Zt. in Rangoon stattfindende Konferenz der sozialistischen Parteien Asiens sein. Eine Sonderkonferenz der Internationale wird sich vom 28. Februar bis 2. März in Arnheim (Holland) mit dem Thema "Religion und Sozialismus" befassen. Die SPD wird der Internationale eine Darstellung der Beschwerden gegen die saarländische SPS übergeben. Eine umfangreiche Denkschrift über die Saarfrage aufgrund der neuesten Entwicklung ist in Vorbereitung.

Hertha Gotthelf, Leiterin des Frauenbüros der SPD, teilte mit, daß unter dem Motto "Sozialismus schützt die Familie" im Frühjahr eine zentrale Tagung der sozialdemokratischen Frauen in Köln stattfinden wird.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes findet am 30. und 31. Januar in Bonn statt.

+ + +